

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/115

21. Juni 1976

SPD mit Schwung und Augenmaß

"Regierungsprogramm 1976-80" hat seine Feuerprobe
bestanden

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im
Bundestag und Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Die Union versucht eine Kehrtwende

Plötzlich spricht sie von einem Programm zur Öffnung
der Hochschulen

Von Dr. Peter Slotz MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

Das Phänomen Bundesrepublik

Auswärtige Kritik an unserem Staat bietet manchen
Aufschluß

Seite 5 und 6 / 66 Zeilen

Wozu Grenzkontrollen innerhalb der EG?

Autoschlängen vor Schlagbäumen dienen nicht der euro-
päischen Integration

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 7 und 8 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Haussellen 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 80 37 - 38
Telex: 06 88 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

SPD mit Schwung und Augenmaß

"Regierungsprogramm 1976-80" hat seine Feuerprobe bestanden

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag
und Mitglied des Präsidiums der SPD

Mit dem Dortmunder Parteitag der SPD haben nunmehr - bis auf die CDU - alle im Bundestag vertretenen Parteien ihre Wahlkampfkongresse hinter sich gebracht und ihre Wahlprogramme vorgelegt. "Regierungsprogramm 1976-80" hieß der Entwurf für den SPD-Parteitag. Das Programm hat seine Feuerprobe bestanden. Die 56 Anträge zum Programm, die dem Parteitag vorlagen, und die 18 Initiativanträge, die im Verlauf des Parteitages selbst noch gestellt wurden, haben den Programmentwurf nicht verwässert, sondern durchglüht und gehärtet. Mit Augenmaß haben die Delegierten um die Präzision der Aussagen gerungen. Die SPD ist in Schwung gekommen. Die Sozialdemokraten sind in Bewegung. Sie werben um jede Stimme. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt soll von der Mehrheit des am 3. Oktober zu wählenden 8. Deutschen Bundestages erneut zum Bundeskanzler gewählt werden. Von der Eröffnung bis zum Abschluß des Dortmunder Parteitages war der gleiche Pulsschlag spürbar.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Bremens Bürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages Hans Koschnick, zitierte in seiner Eröffnungsrede einen bewegenden Brief des langjährigen Bremer Bürgermeisters und Vorkämpfers der deutschen Sozialdemokratie, Wilhelm Kaisen, in dem dieser in Erinnerung an politische Konstellationen der Vergangenheit dargelegt hat:

"Welch ein Wandel hat sich seitdem vollzogen. Heute kann die SPD als stärkste und ausschlaggebende Regierungspartei darauf hinweisen, zwei wichtige Aufgaben gemeistert zu haben. Sie hat auf politischem Gebiet die Grundlage der mit unserer Demokratie verbundenen Freiheit gesichert, und sie hat auf wirtschaftlichem Gebiet durch ihre Stabilitätspolitik die Funktion der Währung wieder hergestellt und damit die Grundlage der freien Wirtschaft gefestigt. Kurz - sie hat gehandelt und kann allen Unkenrufen zum Trotz mit Recht von sich sagen, daß ihre Tätigkeit erfolgreicher war, als beim Ausgangspunkt ihrer Politik angenommen werden konnte. Ich schöpfe

daraus die Hoffnung, daß dieser Erfolg bis zu den Wahlen mehr und mehr Anerkennung finden und für uns zum Wahlerfolg werden wird."

Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD, erklärte in seiner Abschlußrede: "Ich meine, wir müssen jetzt landauf-landab drei ganz einfache Feststellungen treffen:

Erstens gibt es überhaupt keinen vernünftigen Grund, einen erfolgreichen Bundeskanzler und seine Mannschaft nicht wiederzuwählen.

Zweitens darf man den Aufschwung wirklich nicht denen anvertrauen, die - wie Strauß, aber nicht nur er - auf die Krise spekuliert haben.

Drittens darf man, wie es Helmut Schmidt getan hat, auf das gefährliche Risiko hinweisen, das im Interesse unserer Volkswirtschaft und der in ihr Tätigen abzuwehren ist.

Wir verteidigen diese Säulen eines modernen, freiheitlichen, friedliebenden Deutschland: Die Leistungskraft unserer Wirtschaft. Die soziale Sicherheit und Stabilität. Reformen für mehr Gerechtigkeit und Freiheit. Vertrauen in die Bundesrepublik und ihre gute Nachbarschaft nach außen."

Das vom sozialdemokratischen Parteitag beschlossene "Regierungsprogramm 1976-80" entspricht den Auffassungen, die von der SPD zur Lösung der Probleme unserer Zeit und im Interesse unseres Volkes einzubringen sind in eine nach der Bundestagswahl mit dem Koalitionspartner zu vereinbarenden programmatische Regierungserklärung für die nächste Legislaturperiode. Je stärker die Sozialdemokraten aus den Oktoberwahlen hervorgehen, um so kräftiger wird der Impuls sein, den ihr Regierungsprogramm für den Übergang in die 80er Jahre bedeuten wird.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das Verhältnis zum Koalitionspartner präzise beschrieben: "Wir haben zusammen viel erreicht... Viele neue Fragen kann niemand besser beantworten als die sozial-liberale Koalition... Wir sind uns einig in der Abwehr von Reaktion und Denunziation, einig in der Bewahrung der Liberalität. Uns verbindet der Geist der Partnerschaft."

Helmut Schmidts aktuelle Feststellung traf ins Schwarze: "Die Wechselbäder des Frühjahrs haben der FDP nichts eingetragen. Das Thema betrifft die FDP nicht allein. Denn schließlich sind wir nicht nur Partner, sondern auch Konkurrenten. Wir Sozialdemokraten haben keine Stimme zu verschenken - auch nicht an die FDP. Schon gar nicht die Zweitstimme."

Dortmund hat mit dem Parteitag und mit der eindrucksvollen Kundgebung am Abend nach seinem Abschluß gezeigt: Die SPD ist im Kommen. Mit Schwung und Augenmaß geht sie auf die Bundestagswahl am 3. Oktober zu.

(-/21.6.1976/bgy/pr)

+ + +

Die Union versucht eine Kehrtwende

Plötzlich spricht sie von einem Programm zur Öffnung der Hochschulen

Von Dr. Peter Glotz MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Die CDU/CSU unternimmt derzeit vor der erstaunten Öffentlichkeit den Versuch einer Kehrtwende um 180 Grad. Noch vor wenigen Tagen hat sie die von der Bundesregierung erhobene Forderung nach einer Öffnung der Hochschulen als Rattenfängerei und als Volkabetrug diffamiert. Jetzt läßt sie durch den bildungspolitischen Sprecher ihrer Fraktion, Anton Pfeifer, auf ein Programm der Union hinweisen, das "realistische Wege" für einen schrittweisen Abbau der Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen aufzeigt.

Wenn es dieses Programm tatsächlich gibt, so hat es die Opposition bisher jedenfalls geschickt verstanden, die Öffentlichkeit darüber inhaltlich in Unkenntnis zu lassen. Dennoch ist es aber erfreulich und begrüßenswert, daß CDU und CSU sich mit dieser verbalen Ankündigung dem von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg angeschlossen haben. Ob dies unter dem Druck der öffentlichen Meinung und angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl geschehen ist, mag dahingestellt sein. Die neue Haltung der Union läßt zumindest darauf hoffen, daß sie die Verwirklichung des von Bundesbildungsminister Helmut Rohde vorgelegten Sieben-Punkte-Programms zum Abbau des Numerus-clausus in den Ländern, in denen sie Regierungsverantwortung trägt, unterstützen wird.

Nicht zu hoffen ist dagegen, daß die Opposition dabei von ihrem polemischen Vorwurf ablassen wird, der Bundesbildungsminister wolle aus dem Numerus-clausus ein neues Wahlkampfthema machen. Dies tut der Sache, um die es hier geht, jedoch keinen Abbruch. Die Bundesregierung wird weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, damit allen Studienbewerbern ein Studienplatz zur Verfügung gestellt werden kann, wenn auch nicht immer in ihrem Wunschfach und am Ort ihrer Wahl.

Bei der Lösung der nicht minder großen bildungspolitischen Aufgabe, der Reform der beruflichen Bildung, hat es die CDU/CSU bisher nicht fertig-

gebracht, von ihrem Rückzug in leere Schlagwörter und Polemik zu einem Weg der konstruktiven Mitarbeit zu finden. Mit ihrem kompromißlosen Nein zu dem geschlossenen Reformkonzept der Regierung weigert sie sich nach wie vor, die ihr aufgrund ihrer Mehrheit im Bundesrat zukommende Verantwortung wahrzunehmen und politisch auszufüllen.

Offenkundig ist die Opposition angesichts der Zersplitterung im eigenen Lager dazu gar nicht in der Lage. Die Fraktionspitze bietet in den Fragen der Berufsbildungsreform ein Bild der Führungslosigkeit. Sie überließ es den Kultusministerien der unionsregierten Länder, mehrere einander widersprechende Pseudo-Vorschläge zu machen. Allein für eine Finanzierungsregelung wurden sieben Vorschläge unterbreitet, von denen sich einer undurchdachter und problematischer als der andere erwiesen hat. Ich möchte hier nur an den Rücklageplan erinnern, der den Betrieben per Saldo einen finanziellen Anreiz für die Erhaltung bestehender und für die Schaffung neuer Ausbildungsplätze von monatlich zwischen 5,80 DM und 30 DM gebracht hätte.

So wurzelt auch heute noch jeder, der sich in der Union zu den Bildungsexperten zählt, in der beruflichen Bildung vor sich hin, beruft sich auf die Wirtschafts- und Verbandsinteressen, überhört das Ja der Gewerkschaften und vor allem der betroffenen Jugendlichen zum Berufsbildungsgesetz der Regierung und schleibt auch die von den machtlosen CDU-Sozialausschüssen geäußerte Enttäuschung über die Konzeptlosigkeit der eigenen Partei beiseite.

CDU und CSU bieten ein Bild der Ratlosigkeit. Auch das früher auf Einstimmigkeit geschulte "Bildungs-Doppel" Pfeifer/Gölter im Bundestag scheint eine Zellteilung hinter sich gebracht zu haben. Heute sind bei der Union nur noch die Mißtöne eines "Pfeifers" zu hören. (-/21.6.1976/ve/pr)

+ + +

Das Phänomen Bundesrepublik

Auswärtige Kritik an unserem Staat bietet manchen Aufschluß

Die Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig in der internationalen Diskussion "in". Stimmen ernstzunehmender Besorgnis über die möglicherweise unzureichend ausgeprägte demokratische Toleranz in unserem Staat, durchsichtige Polemiken wegen angeblicher "Berufsverbote", aber auch unverhohlene Bewunderung für "die erfolgreichste Gesellschaft in Europa" (US-Nachrichtenmagazin "Time") lassen die Deutschen (West) wieder einmal eine Sonderrolle spielen. Dieser Tage hat sich die angesehene Londoner "Times" mit einer achtseitigen Sonderbeilage in die Erörterung des "Phänomens" Bundesrepublik eingeschaltet.

Die Zeitung bringt einen interessanten Aspekt in die Debatte: Sie spricht von einer Art Urangst, die seit jeher zum deutschen Wesen gehöre und die aus der deutschen Lebensart zu verbannen auch der sozial-liberalen Regierung noch nicht gelungen sei. So blickten die Westdeutschen weniger zuversichtlich in die Zukunft als die Angehörigen anderer Industrienationen, obwohl sie die Weltwirtschaftskrise leichter überwunden hätten. Für den Erfolg einer Gesellschaft sei eben nicht allein die wirtschaftliche Blüte ausschlaggebend, sondern auch die Geborgenheit, die sie namentlich ihren schwächeren Mitgliedern gebe. Die bundesrepublikanische Gesellschaft habe es indessen noch nicht vermocht, die Menschen von ihren Ängsten zu befreien und ihnen ein Gefühl von Sicherheit angedeihen zu lassen.

Die "Times" äußert sich sehr distanziert zum deutschen Leistungsprinzip, das zwar eine prosperierende Wirtschaft bewirke, aber auch den einzelnen mit Furcht und Stress belastete. Deutliche Kritik wird am deutschen Erziehungs- und Bildungssystem sowie am Mangel an Duldsamkeit im öffentlichen Urteil geübt.

Man könnte der "Times" natürlich leicht entgegenhalten, was in der Bundesrepublik im Vergleich zu sämtlichen früheren deutschen Staaten alles besser ist, was in der sozial-liberalen Ära fortentwickelt und neu

21. Juni 1976

geschaffen werden konnte und was diese Gesellschaft gegenüber anderen demokratischen Gemeinwesen auch nicht gerade schlecht abschneiden läßt. Den größeren Nutzen ziehen wir aber zweifellos aus dieser Kritik, wenn wir einräumen, daß ihr Kern unserer Wirklichkeit eigentlich doch ziemlich gerecht wird.

Es stimmt ja durchaus, daß die Schwachen noch allzu oft an die Wand gedrückt werden, daß Angst und Streß der Tribut sind, den das dynamische Wirtschaftsleben von vielen fordert, daß hinter Dressur und permanentem Zwang zur Höchstleistung häufig die Humanität auf der Strecke bleibt, daß Toleranz und Gedächtsamkeit keineswegs immer die Hauptmerkmale der öffentlichen Meinung sind, daß kurzum der demokratische, liberale Sozialstaat, in dem jeder seine gerechte Chance hat und in Sicherheit, frei von Ängsten leben kann, noch längst nicht Wirklichkeit ist.

Die entscheidende Frage ist freilich, welche politischen Kräfte überhaupt dieses Ziel anstreben. Sicher nicht jene, die ständig mahnen, die Grenzen des Sozialstaates seien aber jetzt ein für allemal erreicht, die die staatlichen Leistungen, die allen Bürgern zugute kommen und für sozialen Ausgleich sorgen, reduzieren und durch privatwirtschaftlichen Service für Finanzstarke ersetzen wollen. Genausowenig jene, die zwar ständig von individueller Freiheit reden, aber die Liberalität in Staat und Gesellschaft unter fadenscheinigen Vorwänden zurückdrängen wollen.

Die gewiß nicht sozialistische "Times", die in der Bundesrepublik nicht zuviel, sondern eher zuwenig Sozialstaat sieht, kommt deshalb konsequent zur entschiedenen Ablehnung des Wahlslogans der Unionsparteien: "Freiheit statt/oder Sozialismus". Sie stellt fest, daß solche Formeln bedauernde Mängel an demokratischem Verständnis und Verhalten manifestierten. Dadurch würden die Thesen derjenigen unterstützt, die erklärten, die Demokratie sei auf deutschem Boden noch immer nicht fest verwurzelt. Die "Times" stellt die Frage (und läßt sie mit Absicht offen), ob "ein Westdeutschland, beladen mit Wirtschaftsproblemen britischen Ausmaßes, eine echte Demokratie" geblieben wäre.

Manch einem mag solche Bewertung einerseits zu global, andererseits aber wiederum zu pointiert sein. Fest steht indessen, daß der Blick aus der Distanz Konturen, Strukturen, Zusammenhänge erkennen läßt. Und die Kritik der "Times" verdeutlicht anschaulich die Alternative westdeutscher staatlicher Zukunft: liberaler Sozialstaat, demokratisierte Gesellschaft oder konservative hierarchische Ordnung mit ungemildertem Leistungsdruck und zwangsläufig unberechenbarer außenpolitischer Zielsetzung.

Claus Preller
(-/21.6.1976/kr/pr)

+ + +

Wozu Grenzkontrollen innerhalb der EG ?

Autoschlangen vor Schlagbäumen dienen nicht der europäischen Integration

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Mit Beginn der Urlaubszeit schwillt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wieder der Reiseverkehr an. An den Grenzübergängen stauen sich wieder die Fahrzeug-Kolonnen. Rund 400 Millionen mal überschritten EG-Bürger im Jahre 1975 die deutsche EG-Binnengrenze. Bei diesen Bürgern ist das Interesse am Zusammenwachsen Europas besonders wach. Grenzkontrollen für den Urlaubsverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft aber dokumentieren die nationalen Vorbehalte gegen ein geeintes Europa, mögen sie auch mit noch so vielen zwingenden Notwendigkeiten begründet werden.

Angesichts dieser Tatsache haben die Staats- und Regierungschefs in ihrem Pariser Kommuniqué vom Dezember 1974 konkrete Schritte zur Verwirklichung einer Paßunion vorgesehen; dabei soll ein einheitlicher Paß für die Bürger aller EG-Mitgliedstaaten eingeführt und die Paßkontrolle an den EG-Binnengrenzen aufgehoben werden. Obwohl eine endgültige Einigung bisher nicht erzielt werden konnte, sind die vorbereitenden Verhandlungen über die Gestaltung des Europäischen Passes so weit vorgekommen, daß wir mit Recht auf einen gemeinsamen Paß im Jahre 1978 hoffen können.

Dennoch bleibt die fatale Diskrepanz zwischen dem Willen der Bürger, sich ungehindert innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bewegen zu können, und die Unfähigkeit des Rates, dieser Forderung zu entsprechen. Außerdem ist noch die Erinnerung an jene eindrucksvollen Demonstrationen engagierter Europäer wach, die vor Jahren die Schlagbäume an den Grenzübergängen bei Kehl und bei Saarbrücken wegräumten.

Was sich damals als gerechter Zorn gegen antiquierte Einrichtungen und Symbole europäischer Kleinstaaterei öffentlich entlud, das rumort heute in jedem PKW, in jedem Eisenbahnabteil voller Urlauber, die Wartezeiten und Unannehmlichkeiten an der innereuropäischen Grenze über sich ergehen lassen müssen. Können wir es uns leisten, Enttäuschung und Unmut der Bürger gegen ein Europa zu wecken, das unter dem Motto innergemeinschaftlicher Solidarität diesen Bürgern auch Leistungen und Verzicht abverlangt? Die Europäische

Gemeinschaft stellt wirtschaftlich, kulturell und politisch längst einen geschlossenen Raum dar. Von den Bürgern dieser Gemeinschaft und von den Außenstehenden wird immer drängender die politische Vollendung dieses europäischen Einigungswerkes verlangt.

Mitte Juli werden die Staats- und Regierungschefs um einen endgültigen Beschluß für allgemeine und direkte Wahlen zum Europäischen Parlament ringen. In diesem Zusammenhang müssen kilometerlange Autoschlangen, die sich ausschließlich zur Urlaubszeit infolge von Paß- und Zollkontrolle bilden, wie eine böse Gegenpropaganda gegen ein vereintes Europa und wie eine kleinliche Schikane erscheinen. Wie soll der Bürger dieses Verhalten der Staaten verstehen? Es kann weder durch Gesichtspunkte der Verbrecherfahndung noch durch die Forderung nach Abschottung eben doch zu unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen oder Steuersysteme in benachbarten Regionen ernsthaft gerechtfertigt werden.

Die Benelux-Staaten haben schon früh die Entbehrlichkeit von Grenzkontrollen bewiesen. Die Erfahrung zeigt, daß im Personenreiseverkehr die Aufhebung der Grenzkontrollen nicht von allen Neun gleichzeitig vorgenommen werden muß, sondern von den Mitgliedstaaten auch einseitig erfolgen kann. Die Bundesregierung hat unter Bundeskanzler Helmut Schmidt ganz wesentlich dazu beigetragen, die Paßunion auf die europäische Tagesordnung zu setzen, und sie in den Rataverhandlungen mit förderlicher Kompromißbereitschaft unterstützt. Die Aufhebung der Paß- und Zollkontrolle des Feriendreiseverkehrs an der deutschen Binnengrenze der Gemeinschaft würde praktisch wie psychologisch ein bedeutsames Signal für die weitere Integration der Gemeinschaft setzen.

(-/21.6.1976/ve/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller